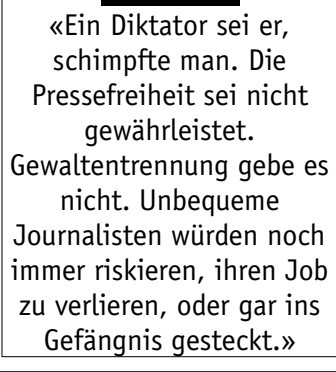


«Wir müssen auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber haben, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie zu beseitigen.» Diese Aussage eines deutschen Nachkriegspolitikers beschäftigte und begleitete mich anlässlich der Wahlen in der Türkei vom 10. August. Zwei Schweizerinnen und ein Schweizer von insgesamt 103 Wahlbeobachtern – beauftragt vom Europarat und der OSZE – nahmen die Wahlen vom 10. August in der Türkei genauer unter die Lupe. Sie sollten damit einen Beitrag für freie und faire Wahlen und folglich zur Demokratisierung der Türkei leisten.

Skandalöse Ungleichheit der Wahlkampfmittel

Erdogan, Ihsanoglu und Demirtas waren die Namen jener Männer, die zur Wahl standen. Die Bevölkerung zeigte sich bereits im Vorfeld ohne Illusionen. Zu sehr hatten sie erleben müssen, wie skandalös unfair die Wahlkampagne organisiert, bzw. mit wie viel mehr Finanzmitteln Erdogan Wahlkampf betrieben hatte. Bürger und Bürgerinnen waren heiss darauf, sich mit uns auszutauschen, sich zu beschweren und den Kampf dahingehend zu führen, dass es zum zweiten Wahlgang kommen sollte, als Warnung an den Favoriten, wie sie sag-



ten, als Zeichen dafür, dass Erdogan sich diese Ungleichheit der Mittel nie mehr erlauben sollte. Ein Diktator sei er, schimpfte man. Die Pressefreiheit

sei nicht gewährleistet. Gewaltentrennung gebe es nicht. Unbequeme Journalisten würden noch immer riskieren, ihren Job zu verlieren, oder gar ins Gefängnis gesteckt. Der Mangel an Transparenz sei grotesk. Wir würden auf Neu-Deutsch sagen: Es gibt in der Türkei keine «Checks and Balances». Liberale, säkulare und gut gebildete Kreise waren frustriert vor und nach den Wahlen in der Türkei. An der Demo zugunsten Erdogans, knapp vor den Wahlen, wurden die weit über 50 000 Teilnehmenden säuberlich getrennt: Männer links, Frauen rechts.

Erdogans Plan jedoch, so viel Wähleranteile zu gewinnen, dass rasch Parlaments-Neuwahlen hätten ausgerufen werden können, hoffend, dass eine überwältigende Mehrheit die Opposition ausschalten und eine neue Verfassung in Kraft hätte treten können – dies mindestens ist nicht gelungen. Die Wahlen als solche waren frei. Die Wahlkampagne Erdogans krass unfair. Doch Oppositionelle machen sich Mut mit aufmüpfigen Aussagen, wie zum Beispiel dieser: «Wenn Du denkst, Du seist zu klein

Der Europarat hat nichts zu tun und ist nicht zu verwechseln mit dem Europaparlament der Europäischen Union (EU). Er wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur Friedenssicherung im Grossraum Europa gegründet. 47 Länder gehören dem Europarat an, auch die Schweiz seit 1963.

Ziel ist die Demokratisierung der Länder, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. (zb.)

und unbedeutend, um Einfluss zu nehmen, dann stell Dir vor, ins Bett zu gehen mit einer surrenden Stechmücke im Schlafzimmer!»

* Doris Fiala ist FDP-Nationalrätin und Aussenpolitikerin für die Schweiz, wohnhaft in Zürich 2, früher im Kreis 7. Doris Fiala ist Inhaberin einer Agentur für Öffentlichkeitsarbeit und Präsidentin der Schweizer Delegation am Europarat.